

Antrag

des Abg. Dennis Birnstock u. a. FDP/DVP

Potenziale der Verteidigungsforschung in Baden-Württemberg II

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche politischen Schlussfolgerungen sie daraus zieht, dass die Zeitenwende infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auch vor der Wissenschafts- und Forschungspolitik nicht Halt macht und die veränderte geopolitische Lage die Notwendigkeit einer Stärkung der europäischen Unabhängigkeit auch in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung deutlich macht;
2. welche förderlichen Standortfaktoren sie dem Land in der Verteidigungsforschung (einschließlich Dual-Use-Produkten, ggf. mit Abgrenzungen in der Darstellung) beimisst, um der notwendigen strategischen Autonomie in zentralen Schlüsseltechnologien beizutragen;
3. welche Maßnahmen sie ergreifen will, damit Baden-Württemberg ein Zentrum der Verteidigungsforschung wird;
4. wie die Aussage des Ministerpräsidenten eingeordnet wird, dass Verteidigungsforschung bislang „schwerpunktmäßig an Bundeswehrhochschulen gemacht“ wurde, also in Hamburg und München;
5. wie sie Art und Umfang der hiesigen Verteidigungsforschung an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Vergleich der Bundesländer einordnet;
6. inwiefern sie im Zuge der Zeitenwende Veränderungen erwartet oder anstrebt hinsichtlich der Mittelgeber der Verteidigungsforschung an den Hochschulen im Land, die zu 82 Prozent von Rüstungsunternehmen, zu ca. 5 Prozent von den USA, zu ca. drei Prozent vom Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) oder aus dem Europäischen Verteidigungsfond (EDF) und zu zehn Prozent von BMWK, BMBF oder anderen nationalen Fördermittelgebern finanziert wird;
7. auf welche Weise sie positiv auf die Stärkung der Verteidigungsforschung im Auftrag der Industrie einwirken will, auch vor dem Hintergrund der Entscheidungshoheit der Forschungsinstitutionen und Hochschulen, sich für Sicherheits- und Verteidigungsforschung zu öffnen;
8. welche Argumente und Gesprächsinhalte aus dem jüngsten Austausch mit Vertretern aus Wirtschaft, Forschung, Verbänden und der Bundeswehr in Stuttgart den Ministerpräsidenten dazu bewogen haben, nun offensiv für eine Stärkung der Verteidigungsforschung im Land einzutreten;
9. welche konkreten Maßnahmen sie zu welchem Zeitpunkt plant, um eine Stärkung der Verteidigungsforschung an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Land zu erreichen;
10. auf welche Weise konkret eine bessere Vernetzung, schnellere Genehmigungen und Bürokratieabbau für die Verteidigungsindustrie erreicht werden sollen;
11. inwiefern das nun klare Bekenntnis der Landesregierung zur Rüstungsforschung an den Hochschulen in Baden-Württemberg Auswirkungen auf den Bestand der landesrechtlich verankerten Transparenzklausel und der hochschulindividuellen Zivilklauseln haben kann oder soll;

12. ob sie aufgrund der Zeitenwende eine Anpassung des Landeshochschulgesetzes (LHG) angezeigt sieht, etwa durch Ergänzung eines Passus zur Verteidigungsforschung in § 2 Absatz 5 Satz 2 LHG, der bisher vorsieht, dass die Hochschulen „im Rahmen ihrer Aufgaben unter anderem Innovation, Nachhaltigkeit einschließlich Schutz des Klimas und Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels sowie Tierschutz“ fördern;
13. wie sie an den Hochschulen im Land einen konstruktiven Dialog stimulieren will, um die Bereitschaft zur Verteidigungsforschung an den Einrichtungen zu stärken;
14. wie sie die notwendige Planungssicherheit, mithin verlässliche Rahmenbedingungen, Rechtssicherheit und ein politisch gewogenes Klima für eine starke Rüstungswirtschaft schaffen will, damit diese Kapazitäten und Personal aufbaut;
15. inwieweit sie die Schaffung einer landesseitigen oder nationalen Behörde zur Bündelung von Projekten der Verteidigungsforschung als sinnvoll erachtet, analog zur Ausgestaltung der Defense Advanced Research Projects Agency (Darpa) der Vereinigten Staaten.

2.6.2025

Birnstock, Dr. Kern, Brauer, Dr. Rülke, Haußmann, Weinmann, Bonath, Fischer, Haag, Heitlinger, Dr. Jung, Reith, Scheerer, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Die angespannte geopolitische Lage gebietet einen gezielten Blick auf die Potenziale der Verteidigungsforschung in Baden-Württemberg. Dies wurde auch auf dem Rüstungsgipfel der Landesregierung am 28. Mai 2025 deutlich, an dem Vertreter der Verteidigungsindustrie, von Verbänden, aus den Hochschulen, der Bundeswehr sowie Amtschefs aus mehreren Ministerien teilnahmen. Ein klares Bekenntnis zur Rüstungsforschung an den Hochschulen in Baden-Württemberg war ein konkretes Ergebnis der Zusammenkunft. Vor diesem Hintergrund bitten die Antragsteller um Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Stärkung der hiesigen Verteidigungsforschung und Rüstungsindustrie, zumal in der Beantwortung des Antrags „Potenziale der Verteidigungsforschung in Baden-Württemberg“, Drucksache 17/8368, Ende März 2024 keinerlei landesspezifische Maßnahmen dargestellt bzw. offensichtlich als erforderlich angesehen wurden.